

Inhalt

Bestätigung der neuen Gesundheitskommissarin Androula Vassiliou	1
Weitere Wechsel in der EU-Kommission: EU-Justizkommissar Franco Frattini wird italienischer Außenminister – EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot soll das Ressort „Justiz, Freiheit und Sicherheit“ übernehmen - der Italiener Antonio Tajani soll Frattini nachf	2
EU-Bericht: Nachfrage nach mehr und besserer Langzeitpflegeleistungen nimmt zu.....	2
Kommissionsvorschlag zur Erleichterung der grenzübergreifenden Durchsetzung von Verkehrssicherheitsvorschriften ..	2
6. Konferenz des Europäischen Netzwerkes der GVO-freien Regionen in Bilbao	3
REACH: Vorregistrierung für chemische Stoffe ab 1. Juni 2008 ..	4
Stand der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon	4
Regionen und Kommunen sind keine Lobbyisten im engeren Sinn	5
Initiative für verstärkte Zusammenarbeit gegen Terrorismus und Kriminalität	5
EU-Maßnahmen für Organspenden und gegen Organhandel geplant	6
Initiative zur Stärkung der deutschen Sprache in der EU	6
Kommission für 2009 als Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation	7
Unterzeichnung eines Stabilisierungs- und Assoziationsabkommens mit Serbien	7
74. Plenartagung des Ausschusses der Regionen	7
FK RELEX am 18. April 2008	8
Netzwerktreffen der in den EU-Institutionen tätigen Österreicher/innen im Verbindungsbüro Salzburg	8
Public Hearing über muslimische Frauen in Europa	8
VRE-Meeting zum Thema Europäische Politik im Forschungsbereich	8
Treffen der VRE-Arbeitsgruppe zur Chancengleichheit	9
CD-Gymnasium in Brüssel zu Gast	9
Aktuelle Förderausschreibungen – Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen – Kofinanzierungsmöglichkeiten durch die EU – Partnersuchen	9
Publikationen – Veranstaltungen – Sonstiges	11
Internes	12
Ausblick auf die nächste Extrablattausgabe	13

Extrablatt aus dem EU-Verbindungsbüro Brüssel

Bestätigung der neuen Gesundheitskommissarin Androula Vassiliou

Am 10. April 2008 hat das Europäische Parlament die Ernennung der Zypriotin Androula Vassiliou zur neuen EU-Gesundheitskommissarin für die verbleibende Mandatszeit der Kommission bis zum 31. Oktober 2009 gebilligt. Nach jüngsten Informationen gedenkt Kommissarin Vassiliou Ende Juni 2008 den Vorschlag zur grenzüberschreitenden Patientenmobilität, die so genannte Gesundheitsdienstleistungsrichtlinie, vorzulegen.

Siehe dazu:

http://ec.europa.eu/commission_barroso/vassiliou/index_en.htm

Weitere Informationen dazu finden Sie in den Extrablattausgaben Nr. 34, 35 und 36 unter:

http://www.salzburg.gv.at/themen/se/europa/news_infos/extrablatt-bruessel.htm



Für unser Land in Europa!

Weitere Wechsel in der EU-Kommission: EU-Justizkommissar Franco Frattini wird italienischer Außenminister – EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot soll das Ressort „Justiz, Freiheit und Sicherheit“ übernehmen - der Italiener Antonio Tajani soll Frattini nachfolgen und das Verkehrsressort besetzen

2

Nachdem der ehemalige Gesundheitskommissar Markos Kyprianou zum Außenminister Zyperns ernannt wurde, wird – nach dem Ergebnis der Wahlen in Italien Mitte April 2008 – auch Franco Frattini die EU-Kommission verlassen und das Amt des italienischen Außenministers übernehmen. Der Nachfolger von Frattini, der seit November 2004 das Ressort „Justiz, Freiheit und Sicherheit“ innehatte, soll der

Europaabgeordnete Antonio Tajani – ein Mitbegründer der Berlusconi Partei Forza Italia – werden. Tajani soll jedoch nicht das Ressort „Justiz, Freiheit und Sicherheit“ von Frattini übernehmen, sondern soll Verkehrskommissar werden. Jacques Barrot, bisher EU-Transportkommissar, soll neuer EU-Justizkommissar werden.

EU-Bericht: Nachfrage nach mehr und besserer Langzeitpflegeleistungen nimmt zu

Die Europäische Kommission hat am 28. April 2008 einen Bericht veröffentlicht, wonach der Bedarf an Langzeitpflegeleistungen und die Kosten dafür bis 2050 erheblich zunehmen werden. Eine Mehrheit der Europäerinnen und Europäer gibt der Pflege zu Hause oder in der Familie vor der Pflege in einer Einrichtung den Vorzug.

Im Kommissionsbericht über die Langzeitpflege in der EU wird analysiert, vor welchen wesentlichen Herausforderungen die Mitgliedstaaten in der Langzeitpflege stehen, was sie in dem Bereich unternehmen und welche Lösungen sich anbieten. Folgende Hauptaufgaben wurden für die Mitgliedstaaten ermittelt:

- Verschaffung eines Zugangs zur Langzeitpflege für alle Menschen;
- Sicherung der Finanzierung der Langzeitpflege durch einen geeigneten Mix öffentlicher und privater Mittel und eventuell andere Finanzierungsmechanismen;
- Verbesserung der Koordinierung zwischen den in der Regel in der Langzeitpflege tätigen sozialen und medizinischen Diensten;

- Förderung der Pflege zu Hause oder in der Familie im Gegensatz zur institutionellen Pflege, damit abhängige Menschen möglichst lange zu Hause bleiben können;
- Verbesserung und Unterstützung der Einstellungs- und Arbeitsbedingungen institutioneller Pflegeanbieter;

Den Bericht der Kommission finden Sie in englischer Sprache unter:

http://ec.europa.eu/employment_social/news/2008/apr/long_term_care_en.pdf

Eine Eurobarometer Spezial-Umfrage zum Thema Gesundheit und Langzeitpflege in der EU ist abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_283_en.pdf

Kommissionsvorschlag zur Erleichterung der grenzübergreifenden Durchsetzung von Verkehrssicherheitsvorschriften

Ende März 2008 hat die Europäische Kommission einen Richtlinienvorschlag zur Erleichterung der grenzübergreifenden Durchsetzung von Verkehrssicherheitsvorschriften veröffentlicht.

Die Europäische Kommission ist der Ansicht, dass nur ein Rechtsinstrument auf EU-Ebene durch den Austausch der relevanten Informationen über ein elektronisches System ei-

ne EU-weit einheitliche und wirksame grenzübergreifende Verfolgung von Verkehrsdelikten bewirken kann.

Der Vorschlag bezweckt jedoch weder eine Harmonisierung der Verkehrsregeln noch eine Harmonisierung der Sanktionen für Verkehrsdelikte, da diese Bereiche am besten den Mitgliedstaaten überlassen werden. Er enthält lediglich rein administrative Bestimmungen zur Einrichtung eines wirksamen und effizienten Systems für die grenzübergreifende Verfolgung der wichtigsten Verkehrsdelikte. Der Vorschlag greift nicht in die ordnungs- bzw. strafrechtliche Einstufung dieser Verkehrsdelikte durch die Mitgliedstaaten ein.

Konkretes Ziel des Vorschlags ist die Einrichtung eines EU-Netzes für den elektronischen Datenaustausch und somit die Möglichkeit der Übermittlung der Bußgeldbescheide.

Der Kommissionsvorschlag muss nun im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens nach Art. 251 von Parlament und Rat geprüft bzw. angenommen werden. Dieser Prozess kann bis zu drei Jahre dauern, bevor die Richtlinie endgültig in Kraft tritt.

Das Verbindungsbüro wird die Entwicklungen in diesem Bereich in den nächsten Monaten genau beobachten.

Der Kommissions-Vorschlag ist abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/transport/roadsafety_library/enforcement/com_2008_0151_de.pdf

6. Konferenz des Europäischen Netzwerkes der GVO-freien Regionen in Bilbao

3

Von 24. bis 25. April 2008 fand die 6. Konferenz des Europäischen Netzwerks der gentechnikfreien Regionen in Bilbao (Spanien) statt. Im Rahmen der diesjährigen Sitzung standen die Themen „Ansätze für einen dauerhaften und vollständigen Schutz der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft“ sowie „Hin zu einem gemeinsamen Label für gentechnikfreie Lebensmittel“ im Vordergrund. Weiters wurden zukünftige Aktionen und Strategien des Netzwerkes definiert.

Nähere Informationen zur 6. Konferenz finden Sie unter:

www.gmofree-euregions.net

Hintergrundinformation zum Europäischen Netzwerk der GVO-freien Regionen - Wesentliche Eckdaten:

4. November 2003: Gründungskonferenz des Netzwerkes in Brüssel zum Thema „Beitrag der Regionen zur europäischen Debatte zu Koexistenz“;

10 Regionen – Oberösterreich (AT), Salzburg (AT), Baskenland (ESP), Toskana (IT), die Region Marken (I), Limousin (FR), Aquitanien (FR), Wales (UK), Schleswig-Holstein (DE), Trace-Rhodopi (GR), - aus 7 verschiedenen Mitgliedstaaten haben sich zu einem Netzwerk der gentechnikfreien Regionen Europas zusammengeschlossen mit dem Ziel, gemeinsame Positionen bezüglich biologischer, konventioneller und Gentechnik-Landwirtschaft zu formulieren und bei den EU-Institutionen einzubringen.

Der politische Wille der unterzeichnenden Regionen gründet auf der Notwendigkeit, den europäischen Regionen zu gestatten – um die Frage der Koexistenz zu sichern (Empfehlung der Europäischen Kommission zur Koexistenz) – Zonen und Gebiete zu GVO-freien Zonen zu erklären, ohne dass dies im Widerspruch zu den veränderlichen EU-Rechtsnormen, die die Regeln des freien Warenverkehrs nominieren, steht.

28. April 2004: 2. Konferenz des Netzwerkes in Linz, Oberösterreich. Beitritt von Burgenland (AT) und Highlands and Islands (UK);

Gesamtanzahl: 12 Regionen

4. Februar 2005: 3. Konferenz in Florenz und Unterzeichnung der „Florenz-Charta“ – Definition der Ziele des Netzwerkes;

Beitritt von Bretagne (FR), Steiermark (AT), Emilia-Romagna (IT), Ile-de-France (FR), Latium (IT), Poitou-Charentes (FR), Südtirol (IT), Sardinien (IT);

Gesamtanzahl: 20 Regionen

7. April 2005: „Runder Tisch“ mit Mariann Fischer-Boel, Kommissarin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung: Erster Gedankenaustausch mit der Europäischen Kommission auf politischer Ebene;

17. Mai 2005: Konferenz der Versammlung der Regionen Europas sowie Friends of the Earth Europe in Brüssel, unter Mitwirkung des Netzwerkes der GVO-freien Regionen;

Beitritt von Ligurien (IT), ENAE – Dachverband der griechischen Präfekturen (GR), Kärnten (AT), Midi-Pyrénées (FR), Umbrien (IT), Principado de Asturias (SP), Centre (FR), Bourgogne (FR);

Gesamtanzahl: 28 Regionen

28. September 2005: Arbeitsgespräch und Informationsaustausch mit Vertretern/innen der Generaldirektion Landwirtschaft der EU-Kommission;

Beitritt von Wien (AT), Haute-Normandie (FR) and Molise (IT), aber Austritt aus dem Netzwerk von Schleswig-Holstein (DE);

Gesamtanzahl: 30 Regionen

30. November 2005: 4. Konferenz in Rennes, Beschluss der „Deklaration von Rennes“

mit der Festlegung der kurzen und mittelfristigen Ziele des Netzwerks;

Beitritt von Tirol (AT), Abruzzo (IT), Basse-Normandie (FR), Pays-de-la-Loire (FR), Franche-Comté (FR), Rhône-Alpes (FR), Nord-Pas-de-Calais (FR), Piemont (IT), Niederösterreich (AT) und Menorca (SP);

Gesamtanzahl : 40 Regionen

Von 17. bis 18. Mai 2007: 5. Konferenz in der Hauptstadt der Region Piemont, Turin. Im Rahmen der 5. Konferenz standen die Bilanz der Arbeiten des Netzwerkes, die aktuellen Tätigkeiten des Netzwerkes sowie dessen Zukunft im Vordergrund. Weiters wurde die so genannte „Schlusserklärung von Turin“ unterzeichnet und zwei weitere Regionen - die kroatische Region Sisak-Moslavina und das Land Vorarlberg – traten offiziell dem Netzwerk bei. Das Netzwerk umfasst 2007 insgesamt 42 Regionen aus 7 Mitgliedstaaten.

Prioritäre Forderungen des Netzwerkes an die Europäischen Institutionen:

1. Definition von Maßnahmen zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips;

2. klare Spezifizierung der Verantwortlichen im Falle der Verunreinigung von Produkten aus konventionellem oder aus ökologischem Landbau durch genetisch veränderte Nutzpflanzen (auf Basis des Verursacherprinzips „the polluter pays“);
3. Ergreifen von Maßnahmen, um das Vorhandensein von GVO im Saatgut für konventionellen sowie für den ökologischen Landbau zu vermeiden;
4. Zustimmung, dass die europäischen Regionen selbst ihre Gebiete oder Teile davon GVO-frei definieren können, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und umweltrelevanten Besonderheiten und der Anerkennung der Zuständigkeiten in jedem Mitgliedstaat.

Salzburger Position:

Nachdem die EU-Kommission ein generelles Verbotsgesetz nicht zulässt und die Koexistenz europaweit nicht geregelt ist, war es für das Bundesland Salzburg erforderlich, auf Landesebene ein Gesetz zu erlassen. Die Forderung nach einer europaweiten Regelung der Koexistenz und der Möglichkeit gentechnikfreie Regionen einzurichten bleibt weiter aufrecht. Dieser Forderung steht das Salzburger Gentechnikvorsorgegesetz (GTVG) nicht entgegen.

REACH: Vorregistrierung für chemische Stoffe ab 1. Juni 2008

Exakt ein Jahr nach dem Inkrafttreten der REACH-Verordnung der Europäischen Union beginnt am 1. Juni 2008 die Vorregistrierung für chemische Stoffe. Hersteller oder Importeure von Chemikalien müssen bis zum 1. Dezember 2008 ihre verwendeten Chemikalien bei der Europäischen Agentur für chemische Stoffe (ECHA) vorregistrieren.

Eine Vorregistrierung ist notwendig, wenn

- das Unternehmen in der EU niedergelassen ist und chemische Stoffe in der EU herstellt oder in die EU einführt und
- die Menge einer Chemikalie jährlich eine Tonne oder mehr beträgt.

Die Vorregistrierung ist kostenlos und einfach: Sie muss die verwendete Substanz eindeutig identifizieren und eine Kontaktperson für Datenfragen benennen. Nach der Phase der Vorregistrierung erfolgt die endgültige für die Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien. Am

16. April 2008 legte die Kommission hierfür die Gebühren fest. Sie werden in den kommenden Tagen im Amtsblatt der EU veröffentlicht.

Genaue Informationen über REACH finden Sie auf der Homepage der Europäischen Agentur für chemische Stoffe (ECHA):

http://echa.europa.eu/home_de.asp

Details zur Vorregistrierung von Chemikalien befinden sich unter:

http://echa.europa.eu/pre-registration_en.asp (englisch)

Das österreichische REACH-Helpdesk hilft bei Fragen zur REACH-Verordnung:

<http://www.reachhelpdesk.at/>

Stand der Ratifizierung des Vertrages von Lissabon

Der im Dezember 2007 unterzeichnete Vertrag von Lissabon befindet sich nach wie vor in der Ratifizierungsphase.

Bekanntlich muss jeder EU-Mitgliedsstaat den so genannten Reformvertrag auf Basis des eigenen Gesetzgebungsverfah-

rens ratifizieren. Erst nach der abgeschlossenen EU-weiten Ratifizierung tritt der Vertrag von Lissabon in Kraft.

Bereits ratifiziert wurde der EU-Reformvertrag von Bulgarien, Frankreich, Malta, Polen, Portugal, Rumänien, der Slowakei, Slowenien und Ungarn. In Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, der Niederlande, der Tschechischen Republik, dem Vereinigten Königreich und in Zypern ist die Ratifizierung noch in Gange. Irland ist der einzige Mitgliedsstaat, der beim Ratifizierungsverfahren zu einem Referendum verpflichtet ist. Am 12. Juni 2008 stimmen die irischen Bürger/innen über den Vertrag von Lissabon ab.

In Österreich ist der Ratifizierungsprozess am 9. April 2008 angelaufen. Der österreichische Nationalrat hat dem Vertrag mit einer breiten Mehrheit zugestimmt – 151 Abgeordnete haben sich dafür ausgesprochen, 27 waren dagegen. Der Bundesrat hat am 24. April 2008 mit der erforderlichen Mehrheit für den Vertrag von Lissabon gestimmt. Nach der

Absegnung durch den Bundespräsidenten und der anschließenden Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt der Republik Österreich gilt der Reformvertrag als ratifiziert. Stimmen alle Mitgliedsstaaten dem Vertrag von Lissabon zu, so soll dieser mit 1. Jänner 2009 in Kraft treten.

Die Parlamentskorrespondenz über die Plenarsitzung zum Vertrag von Lissabon ist abrufbar unter:

http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR_2008/PK0305/PK0305.shtml

Informationen zum Reformvertrag und der aktuelle Stand der Ratifizierung kann auf folgender Internetseite abgerufen werden:

http://europa.eu/lisbon_treaty/countries/index_de.htm

Regionen und Kommunen sind keine Lobbyisten im engeren Sinn

Am 1. April 2008 hat der Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments den Initiativbericht „über den Aufbau des Regelungsrahmens für die Tätigkeiten von Interessenvertretern (Lobbyisten) bei den Organen der Europäischen Union“ verabschiedet. Der Bericht sieht die Errichtung eines verbindlichen Registers von Parlament, Ministerrat und Kommission für die über 15.000 in Brüssel etablierten Lobbyisten vor. Aufgrund der aktiven Einflussnahme der österreichischen Bundesländer sowie der ande-

ren europäischen Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen (REGLEG) wurde die Forderung berücksichtigt, dass Vertreter/innen von Regional- bzw. Kommunalbüros nicht unter den Begriff „Lobbyisten“ fallen. Am 8. Mai 2008 hat das Europäische Parlament im Rahmen seiner Plenartagung über den Bericht abgestimmt. Die Europäische Kommission arbeitet derzeit an einem freiwilligen Lobbyistenregister, ob ein bindender Gesetzesvorschlag folgt, ist derzeit noch unklar.

Initiative für verstärkte Zusammenarbeit gegen Terrorismus und Kriminalität

Das Europäische Parlament hat am 22. April 2008 zur deutschen Initiative über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Stellung genommen. Die Bundesrepublik Deutschland will mit ihrer Initiative eine verstärkte grenzüberschreitende Kooperation vor allem zur Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität erreichen. Vorrangig geht es dabei um den automatisierten Austausch von DNA-Daten, Fingerabdruckdaten und Fahrzeugregistrierdaten.

Das Europäische Parlament hat in seiner Stellungnahme auf die Notwendigkeit eines angemessenen Datenschutzniveaus verwiesen. Zum einen müssen die Bürgerrechte gewahrt bleiben. Zum anderen dürfen besonders persönliche Datenkategorien wie Angaben über Ethnie, politische Meinung, religiöse Haltung, sexuelle Ausrichtung oder über Gesundheit nur in äußerst notwendigen und spezifischen Fällen verwendet werden.

Hintergrund der Initiative ist das Bemühen von Deutschland, den Vertrag von Prüm in den Rechtsrahmen der EU zu integrieren. Der Vertrag von Prüm wurde im Mai 2005 von Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich und Spanien unterzeichnet. Er verstärkt die grenzüberschreitende polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit zwischen den teilnehmenden Staaten. Eine wichtige Neuerung durch den Vertrag von Prüm war die gegenseitige Vernetzung nationaler Datenbanken.

Den vom Europäischen Parlament angenommenen Text über die „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität“ finden Sie unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0128+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EU-Maßnahmen für Organspenden und gegen Organhandel geplant

Organmangel, Transplantationsrisiken und Organhandel zählen im Gesundheitsbereich zu den größten Herausforderungen der Europäischen Union. Deshalb will man sich der Organtransplantation auf EU-Ebene verstärkt widmen. Im Rahmen seiner Plenartagung in Straßburg hat das Parlament am 22. April 2008 den Bericht des zyprischen Abgeordneten Adamos Adamou zum Thema Organspende und -transplantation angenommen.

Der Bericht verweist auf die große Divergenz zwischen dem großen Bedarf an Organtransplantationen und der niedrigen Zahl an Organspenden. Das Parlament betont, dass Organspenden keinesfalls kommerzialisiert werden dürfen und fordert von den Mitgliedsstaaten Maßnahmen gegen den so genannten "Transplantationstourismus". Die Abgeordneten haben sich des Weiteren für folgende Maßnahmen ausgesprochen:

- Ein europäischer Organspendeausweis parallel zum bestehenden nationalen System
- Die gemeinsame Nutzung eines Organpools bei schwierigen Transplantationen
- Verstärkte Förderungen von Seiten der Kommission für biotechnologische Forschungsprojekte, da die Biotechnologie dem Organmangel entgegenwirken könnte

- Die Einrichtung einer Transplantationshotline für telefonische Hilfe bei rechtlichen oder medizinischen Fragen
 - Gewährleistung von Qualität und Sicherheit bei Organspenden zur Reduktion von Transplantationsrisiken
- Die Kommission wird zu einer Richtlinie über Qualitäts- und Sicherheitsanforderungen, Beschaffung, Testung, Konservierung, Verbringung und Verteilung von Organen in der EU aufgefordert.

Den vom Parlament angenommenen Text über "Organspende und -transplantation: Maßnahmen auf EU-Ebene" finden Sie unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0130+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Die dazugehörige Mitteilung der Kommission an Parlament und Rat ist abrufbar unter:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0275:FIN:DE:PDF>

Initiative zur Stärkung der deutschen Sprache in der EU

Vermehrte Übersetzungen auf Deutsch und die Aufrechterhaltung von Deutsch als gleichberechtigte Arbeitssprache in der EU – das fordern 18 deutschsprachige Regionen der Europäischen Union. Sie haben sich zu einer Initiative zusammengeschlossen und dem zuständigen EU-Kommissar Leonhard Orban am 8. April 2008 eine Resolution überreicht.

Ins Leben gerufen wurde die Initiative vom hessischen Europaministers Volker Hoff (CDU). Sein Anliegen wird von fünf weiteren deutschen Bundesländern, allen österreichischen Bundesländern bis auf Wien, Südtirol, der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, zwei Kreisräten aus Rumänien sowie von 40 Europaparlamentariern unterstützt.

Die Unterstützer der Initiative sind sich einig, dass eine Stärkung der deutschen Sprache vermehrte Akzeptanz und Bürgernähe nach sich ziehen würde. Sie kritisieren vor allem die verzögerten Veröffentlichungen von EU-Ausschreibungen auf Deutsch und die fehlenden deutschen Übersetzungen von Internetseiten der EU. Diese negative Entwicklung für die deutsche Sprache widerspricht deren Bedeutung innerhalb der Union:

- Deutsch ist mit 18% die meistgesprochene Muttersprache in der EU, gefolgt von Englisch und Italienisch (je 13%) und Französisch (12%).
- Bei den meistgesprochenen Fremdsprachen liegt Deutsch gemeinsam mit Französisch (je 14%) auf dem zweiten Platz - nach Englisch mit 38%.

"Die Erklärung der Regionen sowie der Abgeordneten des Europäischen Parlaments für eine stärkere Verwendung der deutschen Sprache innerhalb der Institutionen der Europäischen Union" sowie die Liste der Unterzeichner ist abrufbar unter:

http://www.hessen.de/irj/hessen_Internet?rid=HStK_15/hessen_Internet/sub/0f3/0f34443b-d801-9116-f2b2-c44e9169fccd,,,11111111-2222-3333-4444-100000005004%26_ic_uCon_zentral=0f34443b-d801-9116-f2b2-c44e9169fccd.htm

Kommission für 2009 als Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation

Die Europäische Kommission schlägt vor, das Jahr 2009 zum Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation auszurufen. Sie will damit auf die Bedeutung von Kreativität und Innovationsfähigkeit für Europa aufmerksam machen. In der Europäischen Union sollten die Menschen aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen offen sein für neue Impulse und Veränderungen auch als Chance wahrnehmen. Die Kommission glaubt, dass die Aktivitäten des Europäischen Jahres in bestehende Programme integriert werden können und keine neuen Finanzmittel benötigen. Ziel ist die Schaffung eines innovations- und kreativitätsfreundlichen Umfeldes und ein langfristiges politisches Engagement. Das Europäische Jahr der Kreativität und Innovation

ist eine Querschnittsmaterie und betrifft unterschiedlichste Politikbereiche. Im Laufe dieses Jahres entscheiden Rat und Europäisches Parlament über den Vorschlag der Kommission.

Die offizielle Presseausendung zum Kommissionsvorschlag finden Sie unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/482&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

7

Unterzeichnung eines Stabilisierungs- und Assoziationsabkommens mit Serbien

Die Außenminister der EU und der serbische Präsident Boris Tadic unterzeichneten am 29. April 2008 in Luxemburg ein Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen (SAA), welches einen ersten Schritt zu möglichen Beitrittsverhandlungen für Serbien darstellt. Die Unterzeichnung des Abkommens fand zwei Wochen vor den serbischen Parlamentswahlen am 11. Mai 2008 statt. Laut Beschluss der EU-Außenminister wird das SAA aber erst dann wirksam, wenn Serbien vollständig mit dem Internationalen Kriegsverbrechertri-

bunal kooperiert. Dabei handelt es sich vor allem um die Auslieferung des mutmaßlichen Kriegsverbrechers Ratko Mladic.

Pressemitteilung des Rates vom 29.04.2008:

http://www.eu2008.si/en/News_and_Documents/Press_Releases/April/0429Gaerc_ZBalkan.html

74. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

Von 9. bis 10. April 2008 fand die 74. Plenartagung des Ausschusses der Regionen in Brüssel statt. Für das Bundesland Salzburg nahm Landeshauptmann a. D. Franz Schausberger an der Sitzung teil. Im Rahmen der Plenartagung wurden insgesamt 13 Stellungnahmen verabschiedet. Die österreichische Delegation, vertreten durch die Landeshauptleute Herwig Van Staa, Josef Pühringer, Franz Voves, die Landtagspräsidenten Walter Prior und Gebhard Halder, Alt-Landeshauptmann Franz Schausberger und die Bürgermeister Erwin Mohr und Hannes Peinsteiner sowie Vizebürgermeisterin Marianne Fügl, brachten insgesamt 39 Änderungsanträge ein, von denen 21 angenommen und 18 abgelehnt wurden. Für das Bundesland Salzburg bzw. für die österreichischen Bundesländer spielten die Stellungnahmen zu den Themen „Überprüfung des EU-Haushalt 2008/2009 – Den Haushalt reformieren, Europa verändern“ sowie „Antworten auf die Herausforderung von Wasserknappheit und Dürre in der Europäischen Union“

eine zentrale Rolle. Die österreichischen Länder forderten geschlossen, dass die Raumplanung für die Wasserbewirtschaftung im Kompetenzbereich der Regionen bleiben soll. Maßnahmen, welche in Bezug auf Abwasseraufbereitung und Wiederverwendung ergriffen werden, sollen in der Hand der Mitgliedstaaten bleiben.

Nähere Informationen dazu finden Sie unter:

<http://www.toad.cor.europa.eu/CORConvocation.aspx?body=plen&date=09042008>

sowie

<http://www.cor.europa.eu/pages/EventTemplate.aspx?view=folder&id=87402c77-d94a-4381-95b0-5ee5b3ec2d2d&sm=87402c77-d94a-4381-95b0-5ee5b3ec2d2d>

FK RELEX am 18. April 2008

Am 18. April 2008 fand die 12. Sitzung der Fachkommission RELEX des Ausschusses der Regionen in Brüssel statt. Landeshauptmann a. D. Franz Schausberger und Bürgermeister Heinz Schaden nahmen an der Fachkommissions-Sitzung teil. Im Rahmen der 12. Sitzung wurde die Stellungnahme zum Europäischen Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR) – Strategiepapier 2007 bis 2010 angenommen (die Verabschiedung im Plenum ist für

den 18./19. Juni 2008 vorgesehen) sowie die Initiativstellungnahme zum Thema „Der Mehrwert einer Beteiligung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften am Erweiterungsprozess“ behandelt. Die zweite Erörterung und Annahme dieses Stellungnahmeentwurfs ist in der nächsten Fachkommissions-Sitzung am 24. Juni 2008 vorgesehen, die Verabschiedung im Plenum ist für den 8./9. Oktober 2008 geplant.

Netzwerktreffen der in den EU-Institutionen tätigen Österreicher/innen im Verbindungsbüro Salzburg

8

Am 11. April 2008 fand in den Büroräumlichkeiten des Salzburger Verbindungsbüros zur EU ein Netzwerktreffen der in den EU-Institutionen tätigen Österreicherinnen und Österreicher statt. Bei dem Treffen referierte der Kommissionsbeamte Martin Gritsch über die bestehende Verbindung zwischen Informations- und Umweltpolitik. Seit September 2005 organisieren die Österreichischen Länderbüros in Brüssel ein Mal pro Monat ein Treffen zwi-

schen den Führungskräften der Europäischen Institutionen und den Leiterinnen und Leitern der österreichischen Regionalvertretungen zur Europäischen Union in Brüssel. Ziel der Treffen ist ein gegenseitiges kennen lernen sowie ein aktiver Austausch zu den verschiedensten Themenbereichen zwischen den Kommissionsvertretern und den Leiterinnen und Leitern der Länderbüros.

Public Hearing über muslimische Frauen in Europa

Der Ausschuss "Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter" (FEMM) des Europäischen Parlaments hat am 17. April 2008 ein Public Hearing über die Situation muslimischer Frauen veranstaltet. Ziel war ein Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit renommierten Expertinnen. Dabei wurde zunächst die theoretische Rolle der Frau im Islam erläutert. Die Expertinnen waren sich einig, dass der Koran beide Geschlechter gleichstellt. Unbestritten ist aber die stark davon abweichende Realität für Musliminnen. Die Vortragenden führen dies auf eine patriarchale Kultur, Tradition und den Vorrang von Familien- bzw. Gemeinschaftsrecht vor formellem Recht zurück.

Über das Public Hearing zur Situation muslimischer Frauen gibt es ein Protokoll, welches beim Verbindungsbüro zur EU unter der Geschäftszahl B-XIV/ 171 angefordert werden kann

Die Presseaussendung des FEMM-Ausschusses über das Public Hearing finden Sie unter:

<http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/200804/20080418ATT27061/20080418ATT27061EN.pdf>

Das Fachreferat Struktur- und Kohäsionspolitik des Europäischen Parlaments hat sich 2007 mit diesem Thema beschäftigt. Die Studie "Islam in der Europäischen Union: Was steht für die Zukunft auf dem Spiel?" ist abrufbar unter:

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/studiesCom/download.do?file=17609#search=%20Islam%20>

VRE-Meeting zum Thema Europäische Politik im Forschungsbereich

Am 8. April 2008 fand in Brüssel eine Informationsveranstaltung, organisiert durch die Versammlung der Regionen Europas (VRE), zum Thema Forschung in der EU statt. Mar-nix Surgeon von der Generaldirektion Forschung der Eu-

ropäischen Kommission hielt einen Vortrag zu den letzten Entwicklungen im Bereich Forschung in der EU. Vor allem ging er näher auf die Konsultation zum letzten Grünbuch der Kommission zu diesem Thema ein. Des weiteren gab

Herr Surgeon Auskunft darüber, wie Regionen sich über die aktuellen und letzten OMC-NET Aufrufe an der Koordinierung der Forschungspolitik beteiligen können.

Informationsmaterial zu dieser Veranstaltung können Sie im Verbindungsbüro unter der Geschäftszahl B-XX/46 anfordern

Treffen der VRE-Arbeitsgruppe zur Chancengleichheit

Auf der Tagung der Arbeitsgruppe zur Chancengleichheit von Frauen und Männern des VRE (Versammlung der Regionen Europas) am 28. April 2008 wurde das Thema Chancengleichheit von unterschiedlichen Seiten beleuchtet. Zur Sprache kamen sowohl die Förderung des Mikrokreditwesens für Kleinunternehmer, insbesondere für Frauen, als auch das Thema Gewalt gegen Frauen. Dafür wurden Beispiele aus verschiedenen europäischen Ländern herangezogen und auf internationale Arbeitsnetzwerke hingewiesen.

Auf organisatorischer Ebene wurde die Änderung des Namens der Arbeitsgruppe in "AER Observatory on Gender Issues (AEROGI)" bekannt gegeben.

Genauere Informationen und Arbeitsmaterialien zu den verschiedenen Vorträgen sind frei zugänglich und auf folgendem Link abrufbar:

<http://www.a-e-r.org/events/1/2008/equal-opportunities-brussels.html>

Ein Protokoll über das Treffen der VRE-Arbeitsgruppe zur Chancengleichheit kann beim Verbindungsbüro zur EU unter der Geschäftszahl B-XIV/ 172 angefordert werden.

9

CD-Gymnasium in Brüssel zu Gast

In der Woche von 21. bis 25. April 2008 waren nacheinander zwei Gruppen des Christian-Doppler-Gymnasiums Salzburg in Brüssel zu Gast. Das Verbindungsbüro des Landes Salzburg zur EU organisierte für beide Gruppen ein

inhaltsreiches Programm mit Besuchen im Europäischen Parlament, im Ausschuss der Regionen, in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU sowie im Verbindungsbüro des Landes Salzburg.

Aktuelle Förderausschreibungen – Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen – Kofinanzierungsmöglichkeiten durch die EU – Partnersuchen

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen: Arbeitsprogramm "Kapazitäten"

Auf Basis des 7. Rahmenprogramms für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration ruft die Kommission zur Einreichung von Vorschlägen auf. Es wird um Vorschläge zum spezifischen Programm "Kapazitäten" gebeten, konkret geht es um das Thema Wissenschaft und Gesellschaft.

Details über die vorgesehenen Finanzmittel, Fristen und Einreichungsmodalitäten finden Sie unter:

<http://cordis.europa.eu/fp7/calls/>

Informationsnummer: 2008/C 100/07

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen: Arbeitsprogramm "Menschen"

Im Zuge des 7. Rahmenprogramms für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration ruft die Kommission zur Einreichung von Vorschlägen auf. Die Vorschläge müssen auf das Spezifische Programm "Menschen" abzielen.

Kennnummer der Aufforderung: FP7-PEOPLE-ITN-2008

Einzelheiten zur Aufforderung und zum Arbeitsprogramm finden Sie unter:

<http://cordis.europa.eu/fp7/calls/>

Informationsnummer: 2008/C 85/07

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen: Kooperationsprogramm im Bildungsbereich

Im Rahmen des ICI (Instrument für die Zusammenarbeit mit Industrieländern) ruft die Kommission zu Vorschlägen auf. Unterstützt werden gemeinsame Mobilitätsprojekte zwischen der Europäischen Union und Australien, Japan, Neuseeland sowie der Republik Korea in der Hochschul- und Berufsbildung. Ziel ist eine Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses und die Förderung der Mobilität.

Förderfähig sind Hochschul- und Berufsbildungseinrichtungen aus den 27 EU-Staaten mit einem betreffenden Partnerland.

10 Insgesamt stehen 2.500.000 Euro für die Kofinanzierung zur Verfügung. Der maximale Förderbeitrag für ein Mobilitätsprojekt von mindestens vier EU-Partnereinrichtungen liegt bei 425.000 Euro. Die Laufzeit beträgt drei Jahre. Voraussichtlich werden vier bis fünf europäische Kooperationsprojekte mit Australien, zwei bzw. drei mit Japan, eines mit Neuseeland und ein bis zwei mit Korea mitfinanziert. Bewerbungsfrist: 6. Juni 2008

Weitere Informationen über die Aufforderung sowie das Antragsformular sind abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/education/programmes/calls/callg_en.html

Informationsnummer: 2008/C 86/04

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen: "Vorbereitende Maßnahme MEDIA International"

Die vorbereitende Maßnahme MEDIA International kommt Kooperationen von Filmschaffenden aus Europa mit jenen aus Drittstaaten zugute. Somit sollen Fortbildung, Verkaufsförderung und Kino-Netzwerke unterstützt werden.

Förderfähig sind Rechtspersonen der EU-Mitgliedsstaaten und der Drittstaaten.

Der Finanzrahmen beträgt insgesamt 1.980.000 Euro, die Kofinanzierung darf 50%, 75% oder 80% der erstattungsfähigen Kosten nicht überschreiten. Bewerbungsfrist: 13. Juni 2008

Nähere Informationen finden Sie unter:

<http://ec.europa.eu/media>

Informationsnummer: 2008/C 85/06

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen: Maßnahmen für Öko-Innovation

Auf Basis des Rahmensprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) bittet die Kommission um Vorschläge zum Thema "Pilotprojekte und Projekte zur Umsetzung von Technologie in marktfähige Produkte im Bereich Öko-Innovation".

Abgabefrist ist am 11. September 2008.

Einzelheiten zur Aufforderung stehen auf folgender Homepage zur Verfügung:

http://ec.europa.eu/environment/etap/ecoinnovation/library_en.htm

Informationsnummer: 2008/C 100/08

Mitteilung der Kommission über Partnerstädte: Mehrjährige Förderung für thematische Netzwerke von Partnerstädten

Die Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission möchte etablierte Netzwerke, die aus mindestens fünf Partnerstädten bestehen, verstärkt fördern. Bewerber sollen in ihrem Antrag alle Veranstaltungen anführen, die sie im Rahmen ihres Netzwerkes in den folgenden zwei Jahren planen.

Der Finanzierungsrahmen beträgt 30.000 bis 150.000 Euro.

Ende der Bewerbungsfrist: 1. Juni 2008

Weiterführende Information und das Antragsformular sind abrufbar unter:

http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/index_en.htm

Offene Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen: Europäische Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen und technischen Forschung (COST)

Der Rat bittet um Vorschläge für die Europäische Zusammenarbeit im Bereich der wissenschaftlichen und technischen Forschung (COST). COST dient der Vernetzung von Wissenschaftlern, Forschern und Experten verschiedener Länder. Die Vorschläge sollen zur wissenschaftlichen, technologischen, wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen oder gesellschaftlichen Entwicklung Europas beitragen. Besonders willkommen sind disziplinübergreifende Vorschläge. Ziel ist der Ausbau innovativer Forschungsnetze und die Schaffung eines Europäischen Forschungsraumes.

Die Bewerber sollten Forscher aus mindestens fünf COST-Staaten sein. Die finanzielle Unterstützung sieht jährlich 100.000 Euro für eine Laufzeit von vier Jahren vor. Die Auswertung erfolgt in zwei Schritten. Zunächst wird der vorläufige Vorschlag bewertet, dann erfolgt die Aufforderung zur Einreichung eines ausführlicheren Vorschlags. Nach dem Zuschlag sollten die Aktionen binnen drei Monaten anlaufen.

Abgabefrist für vorläufige Vorschläge ist der 26. September 2008. Die Vorschläge sind online über die Homepage des COST-Büros einzureichen. Dort finden Sie auch die neun großen Fachbereiche von COST und deren Themenspektrum:

www.cost.esf.org

Informationsnummer: 2008/C 96/09

Finanzhilfen im Bereich des trans-europäischen Verkehrsnetzes

Die Generaldirektion Energie und Verkehr der Europäischen Kommission ruft zur Einreichung von Vorschlägen auf im Hinblick auf die Vergabe von Finanzhilfen für Projekte nach Maßgabe der im vorläufigen Jahresarbeitsprogramm 2008 für Finanzhilfen im Bereich des transeuropäischen Verkehrsnetzes festgelegten Prioritäten und Ziele.

Der für diesen Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für 2008 zur Verfügung stehende Höchstbetrag beläuft sich auf 140 Millionen Euro.

Schlussstermin des Aufrufs ist der 20. Juni 2008

Der vollständige Wortlaut des Aufrufs zur Einreichung von Vorschlägen kann unter folgender Adresse abgerufen werden:

http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/grants/proposal_en.htm

Mehrjahresarbeitsprogramm 2007-2013 für Finanzhilfen im Bereich des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V)

- Bereich Nr. 5: Vorrangiges TEN-V-Vorhaben Nr. 21: Meeresautobahnen. Für die ausgewählten Vorschläge

stehen 2008 Gesamtmittel von maximal 20 Millionen Euro zur Verfügung

- Bereich Nr. 6: Vorhaben im Bereich der Binnenschiff-fahrtsinformationsdienste (RIS). Für die ausgewählten Vorschläge stehen 2008 Gesamtmittel von maximal 15 Millionen Euro zur Verfügung
- Bereich Nr. 7: Vorhaben im Bereich Flugverkehrsmanagement (ATM)/funktionale Luftraumblöcke (FAB). Für die ausgewählten Vorschläge stehen 2008 Gesamtmittel von maximal 10 Millionen Euro zur Verfügung

Schlussstermin des Aufrufs ist der 20. Juni 2008

Der vollständige Wortlaut des Aufrufs zur Einreichung von Vorschlägen kann unter folgender Adresse abgerufen werden:

http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/grants/proposal_en.htm

Finanzhilfen im Bereich des transeuropäischen Energienetzes (TEN-E) für 2008

Die Europäische Kommission, GD Energie und Verkehr, fordert zur Einreichung von Vorschlägen zwecks Vergabe von Finanzhilfen für Projekte nach Maßgabe der im vorläufigen Jahresarbeitsprogramm für Finanzhilfen im Bereich des transeuropäischen Energienetzes für 2008 festgelegten Prioritäten und Ziele auf.

Der für diese Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für 2008 zur Verfügung stehende Höchstbetrag beläuft sich auf 22 260 000 Euro.

Schlussstermin der Aufforderung ist der 30. Juni 2008.

Der vollständige Wortlaut des Aufrufs zur Einreichung von Vorschlägen kann unter folgender Adresse abgerufen werden:

http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/grants/proposal_en.htm

Publikationen – Veranstaltungen – Sonstiges

Informationsveranstaltung

“Europa für BürgerInnen” am 5. Juni in Wien

Das Österreichische Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur lädt alle Interessierten zu einer Informationsver-

anstaltung über das neue EU-Programm “Europa für Bürgerinnen und Bürger” ein. Am Donnerstag, 5. Juni 2008, wird in der Universität für Musik und darstellende Kunst in Wien von 9 bis 17 Uhr ein abwechslungsreiches Programm geboten.

Die Veranstaltung informiert über das neue EU-Programm, welches eine aktive europäische Bürgerschaft fördern will. Europäischen Bürgerinnen und Bürger sollen verstärkt Beteiligungsmöglichkeiten auf der Ebene der Europäischen Union geboten werden. Das Programm läuft von 2007 bis 2013 und verfügt über ein Budget von 215 Millionen Euro. Die Veranstaltung wird von der nationalen Kontaktstelle des Programms (Abteilung IV/8im BMUKK) mit Unterstützung der Europäischen Kommission organisiert.

Die Anmeldung ist bis 30. Mai 2008 per E-Mail an charlotte.sucher@bmukk.gv.at möglich.

Nähere Informationen über die Veranstaltung erhalten sie bei Frau Dr. Sigrid Olbrich:
Tel.: 01/53120/7695
E-Mail: sigrid.olbrich@bmukk.gvv.at

Leitfaden für Praktika in der EU

Das Salzburger Verbindungsbüro hat einen Leitfaden für Praktikumsmöglichkeiten in der EU erstellt. Der Leitfaden ist vor allem für Studierende bzw. Absolventen/innen hilfreich, die ein Praktikum im Umfeld der Europäischen Union absolvieren möchten. Er bietet Interessierten umfassende Informationen über Praktika in

- den Institutionen der EU,
- den dezentralisierten Gemeinschaftsorganen,
- sämtlichen österreichischen Vertretungsbüros zur Europäischen Union sowie
- in EU-externen europäischen Institutionen.

Neben einem guten Überblick über die Praktikumsangebote bietet der Leitfaden außerdem eine inhaltliche Beschreibung, Angaben über Ansprechpartner, Voraussetzungen, Dauer und Bewerbungsmodalitäten.

Der Leitfaden für Praktika in der EU wird vom Salzburger Verbindungsbüro kostenlos zur Verfügung gestellt: Geschäftszahl B-XXVI/53

Leitfaden für Förderungsprogramme der EU ab sofort erhältlich

Das Salzburger Verbindungsbüro zur EU in Brüssel hat einen Leitfaden für Förderungsprogramme der Europäischen Union erarbeitet. Dieses Dossier informiert allgemein über EU-Förderungen und erläutert Fördermaßnahmen in folgenden Bereichen:

- Agrarpolitik und ländlicher Raum
- Struktur- und Kohäsionspolitik
- Bürgerschaft
- Bildung und Kultur
- Arbeit und Soziales
- Energie und Verkehr
- Unternehmen und Innovation
- Freiheit, Sicherheit und Recht
- Umwelt
- Gesundheit
- Information, Kommunikation und Technologie
- Forschung und Entwicklung

Der Leitfaden über Förderungsprogramme der EU kann beim Verbindungsbüro angefordert werden unter der Geschäftszahl B-XXX/757

Internes

Wir danken Frau Andrea Laimer sowie Frau Barbara Fuchs und Frau Eva Winkler, die im Rahmen ihrer Tätigkeit als Volontärin im Verbindungsbüro des Landes Salzburg an der Erstellung des Extrablattes Nr. 37, Mai 2008, mitgearbeitet haben.

Neue Mitarbeiterin im VBB Salzburg

Ab 14. Mai bis Ende 2008 wird Frau Maren Kuschnerus das Team des Verbindungsbüro des Landes Salzburg im Sekretariat unterstützen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

Ausblick auf die nächste Extrablattausgabe

9. Mai – Europatag in Brüssel und Salzburg

Gesetzesvorschläge zur Landwirtschaftsreform erwartet

Plenartagung des Europäischen Parlaments

Brüssler Wirtschaftsforum

Fachhochschule Salzburg im VBB

Salzburger "Business und Professional Women (BPW)" besuchen die Europahauptstadt

CD-Gymnasium in Brüssel

Monika Kalista, Leiterin der Kulturabteilung des Amtes der Salzburger Landesregierung, absolviert Arbeitsbesuch

Vorstandssitzung der Mozartwege im Verbindungsbüro Salzburg

13

Impressum:

Land Salzburg, Büro Brüssel, Rue Frédéric Pelletier 107, B-1030 Brüssel,
T: +32 2 74 30 760, F: +32 2 74 30 761, F intern: 3306, E: bruessel@salzburg.gv.at
www.salzburg.gv.at/themen/se/europa/kontakte/eu-vbb.htm

Redaktion & Bearbeitung:

© Michaela Petz-Michez; Céline Theissen

Redaktionsschluss: 7. Mai 2008